

An den Bürgermeister
der Stadt Haltern am See
Herrn Andreas Stegemann
Rathaus Dr.-Conrads-Straße 1

45721 Haltern am See

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Haltern am See
Dr.-Conrads-Straße 1
45712 Haltern am See
Telefon: 02364 933423
Fax. : 02364 933450

fraktion@gruene-haltern.de
www.gruene-haltern.de

Stadtsparkasse Haltern
IBAN: DE 46 4265 1315 0000 0655 24

12.11.2024

Antrag „Bezahlkarte für Geflüchtete“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stegemann,

bitte setzen Sie den folgenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates der Stadt Haltern am See am 28.11.2024.

Beschlussentwurf

- 1. Der Rat der Stadt Haltern am See spricht sich gegen die Einführung einer sogenannten Bezahlkarte für Geflüchtete aus und nutzt die Opt-Out-Regelung im aktuellen Gesetzentwurf des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes NRW, nach der jede Kommune selbst über die Einführung entscheiden kann.**
- 2. Sollte die Bezahlkarte dennoch in Haltern am See eingeführt werden, so ist von der Verwaltung sicherzustellen: das Abheben von Bargeld, die Möglichkeit von Überweisungen, keine Einschränkungen der mit der Karte zu tätigen Einkäufe, keine örtliche oder regionale Einschränkung der Nutzung der Karte.**

Begründung

Mit der Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes am 16.05.2024 wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Geflüchtete Leistungen zukünftig über eine sogenannte Bezahlkarte erhalten können. Damit soll die bisherige Bargeldauszahlung ganz oder teilweise ersetzt werden. Je nach konkreter Ausgestaltung der Bezahlkarte wird der Zugang zu Überweisungen und zu Bargeld begrenzt oder aufgehoben. Geflüchtete könnten nicht mehr in kleineren Geschäften oder auf Märkten einkaufen, die keine Kartenzahlung bieten. Sie wären demütigenden Erfahrungen ausgesetzt, wenn der Euro für die öffentliche Toilette fehlt oder der Beitrag für die Klassenkasse nicht mitgeben werden kann. Auch könnte die Bezahlkarte nur in der eigenen Stadt nutzbar sein. Diese Beispiele zeigen, dass die Einführung einer Bezahlkarte die Würde, die Handlungsfreiheit und

die Selbstbestimmung von Geflüchteten massiv einschränkt. Das Ankommen, die Integration der Schutzsuchenden und die Teilhabe am Alltagsleben werden erschwert.

Befürworter:innen der Bezahlkarte erhoffen sich eine Vereinfachung der Verwaltungsabläufe. Wir können uns jedoch eine Implementierung der Bezahlkarte nicht ohne Umstellungsprobleme bei der Datenverarbeitung und bei den Verwaltungsabläufen vorstellen. Eine zusätzliche Belastung des kommunalen Haushaltes, durch direkte und indirekte Kosten, ist zu befürchten.

Auch das propagierte Ziel, Geflüchtete mit der Karte von Überweisungen in ihr Herkunftsland abzuhalten, entbehrt jeglicher Grundlage. Schon allein wegen der Höhe der Leistungssätze gehen Expert:innen davon aus, dass die Höhe der der Transfers gering ausfällt und bezweifeln, dass dies einen wesentlichen Anreiz für Migration darstellt.¹ Nach einer Aussage des Bundesfinanzministeriums liegen keine Daten zu entsprechenden Überweisungen vor. Eine weitere Fehlannahme besteht darin, dass die Bezahlkarte als Instrument verstanden wird, um sogenannte „Pull-Faktoren“ für Asylsuchende zu minimieren und die Zahl der Asylsuchenden somit zu senken. Diese Fehlannahme ist in der Migrationsforschung vielfach widerlegt worden.²

Wir bitten den Stadtrat, diesem Antrag zuzustimmen und damit eine massive Einschränkung der Würde und Selbstbestimmung von geflüchteten Menschen zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ulrike Doebl, Fraktionsgeschäftsführerin

¹ <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/bezahlkarten-bundesregierung-weiss-nicht-wieviel-geld-asylsuchende-in-die-heimat-ueberweisen-a-0676bdd4-4da1-4036-9127-d37679cbf12e>

² <https://www.bundestag.de/resource/blob/799860/b555457732e3ec012177cdf4357110a0/WD-1-027-20-pdf-data.pdf>